

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV**

### **Partnerschaftsvereinbarung zwischen der Legislativversammlung des Oblastes Leningrad und dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag beauftragt die Landtagspräsidentin, unter Einbeziehung und im Benehmen mit dem Ältestenrat des Landtages Mecklenburg-Vorpommern Gespräche mit den Vertretern der Legislativversammlung des Oblastes Leningrad, insbesondere dem Vorsitzenden der Legislativversammlung des Oblastes Leningrad, aufzunehmen und mit dem Ziel zu führen, eine Partnerschaftsvereinbarung zwischen der Legislativversammlung des Oblastes Leningrad und dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern herbeizuführen.

Zielstellung soll sein, eine solche Partnerschaftsvereinbarung auf der Deutschen Woche in St. Petersburg im April 2020 von der Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und dem Vorsitzenden der Legislativversammlung zu unterzeichnen.

In dem Prozess zur Vorbereitung und Ausgestaltung einer solchen Partnerschaftsvereinbarung soll seitens der Landtagspräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern darauf hingewirkt werden, dass Folgendes inhaltlich in die Vereinbarung einfließt:

Die Unterzeichner der Partnerschaftsversammlung stimmen darin überein, dass

1. die Legislativversammlung des Oblastes Leningrad und der Landtag Mecklenburg-Vorpommern einen regelmäßigen politischen Meinungs- und Erfahrungsaustausch in allen Bereichen, die von den Kompetenzen des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem Oblast Leningrad umfasst werden, aufbauen, pflegen und stärken sollen.
2. die Legislativversammlung des Oblastes Leningrad und der Landtag Mecklenburg-Vorpommern durch ihre Zusammenarbeit den Prozess der Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den Regionen im Ostseeraum sowie die Förderung und Entwicklung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen in dieser Region begleiten und stärken wollen.

3. die Legislativversammlung des Oblastes Leningrad und der Landtag Mecklenburg-Vorpommern sich verpflichtet sehen sollten, das Erlernen der Sprache des Partnerlandes zu fördern, damit sich die Bürger grenzüberschreitend leichter begegnen und austauschen können, um so Vorurteile abzubauen und Verständnis füreinander zu entwickeln.
4. die Legislativversammlung des Oblastes Leningrad und der Landtag Mecklenburg-Vorpommern betonen sollten, dass der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem Oblast Leningrad und dem Land Mecklenburg-Vorpommern eine besondere Bedeutung bei der Entwicklung eines freundschaftlichen und kooperativen Verhältnisses über ihre Regionen hinaus zwischen beiden Ländern zukommt.
5. die Legislativversammlung des Oblastes Leningrad und der Landtag Mecklenburg-Vorpommern ihre Bemühungen darauf ausrichten sollen, dass sich ihre Zusammenarbeit auch positiv auf den Aufbau partnerschaftlicher Kooperationen zwischen den Institutionen und Einrichtungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens auswirkt.

**Thomas Krüger und Fraktion**

**Vincent Kokert und Fraktion**

**Simone Oldenburg und Fraktion**

**Bernhard Wildt und Fraktion**

### **Begründung:**

Das Land Mecklenburg-Vorpommern und der Oblast Leningrad der Russischen Föderation pflegen bereits seit Jahren engen wirtschaftlichen Austausch sowie Kontakt auf der Ebene der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern sowie des Gouverneurs des Oblastes Leningrad. Es fehlt jedoch an einer entsprechenden politischen Untersetzung durch die jeweiligen parlamentarischen Vertretungsgremien sowohl auf Seiten des Oblastes Leningrad als auch auf Seiten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern.

Der Landtag hat daher die Absicht, eine Zusammenarbeit zwischen der Legislativversammlung und dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg zu bringen, um die bisherige Zusammenarbeit auf eine breite parlamentarische Basis zu stellen. Ziel soll es dabei sein, den kontinuierlichen Prozess der Annäherung und Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen im Besonderen sowie den Regionen des Ostseeraums im Allgemeinen zu stärken, die Zusammenarbeit der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland einerseits und der Russischen Föderation andererseits zu unterstützen sowie einen Beitrag zur Festigung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem russischen und dem deutschen Volk zu leisten.